

DOB  
80-Amt für Wirtschaftsförderung  
In Absprache mit Amt/EB:  
20-Kämmerei und Steueramt

Koblenz, 30.03.2017  
Tel.: 0261 129 1960

## **Stellungnahme zum Antrag**

**Nr. AT/0037/2017**

Beratung im **Stadtrat** am **06.04.2017**, TOP öffentliche Sitzung

**Betreff: Antrag der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, CDU, SPD, BIZ, FBG, FDP und Ratsmitglied Sabine Veith zum Beitritt der Stadt Koblenz zum Regiopole- Netzwerk**

### **Stellungnahme:**

Die Stadt Koblenz erfüllt aufgrund ihrer Lage und Struktur alle Kriterien für eine Regiopolentwicklung. Daher wird der Antrag dem Grunde nach unterstützt, da er viele Chancen beinhaltet.

Die Wirtschaftsförderung Koblenz ist aktuell bereits in folgenden Netzwerken, die allesamt auch das Thema Regiopol-/Regionalentwicklung abdecken, aktiv:

Deutscher Verband der Wirtschaftsförderungsgesellschaften (DVWE, Vorstandsmitglied),  
Verband der Wirtschaftsförderer süddeutscher Großstädte (in 2017 Vorsitz),  
Gründungsmitinitiator des Verbands norddeutscher Großstädte (Juli 2017 in Kiel),  
Mitglied in der Regionalverbindung "Wir Nord" (Zusammenschluss der Wirtschaftsförderer der Region nördliches Rheinland-Pfalz)  
Mitglied der Initiative Koblenz-Mittelrhein (auch WFG Koblenz)  
Mitglied im Verwaltungsrat der Arbeitsagentur Region Koblenz

Die meisten Städte, die in diesem Antrag zum Netzwerk Regiopole aufgeführt sind, werden regelmäßig auch bei den Treffen der o.a. Vereinigungen konsultiert. Die dabei behandelten Themen werden dabei häufig von immer den gleichen aktiven Personen eingebracht und anschließend breit diskutiert.

Alle angesprochenen Themenfelder wurden und werden dabei intensiv behandelt und aus allen möglichen Richtungen beleuchtet (häufig auch über geförderte Pilotprojekte etc). Das Thema „Regiopole“ ist äußerst komplex und muss aufgrund der vielen Akteure und Themen umfassend behandelt werden.

Sofern die Stadt Mitglied würde, wären vom entsprechend betroffenen Fachamt Haushaltsmittel anzumelden (Beiträge etc.).

Mögliche Auswirkungen auf den Finanzausgleich sind in der jetzigen Situation (vgl. ausstehende Klärung eines evtl. anzustrebenden Klageverfahrens) nicht absehbar. Von Seiten der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass mehrere Fachämter betroffen sind und dementsprechend zusätzliche Haushaltsmittel ( Beiträge, Reisekosten etc. ) anzumelden sind.

Inwiefern die Einbindung der Stadt Koblenz in ein neues Netzwerk angezeigt ist, soll in der weiteren Beratung eruiert werden.

**Beschlussempfehlung der Verwaltung:**

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag zur weiteren Beratung in den Haupt-und Finanzausschuss zu verweisen.